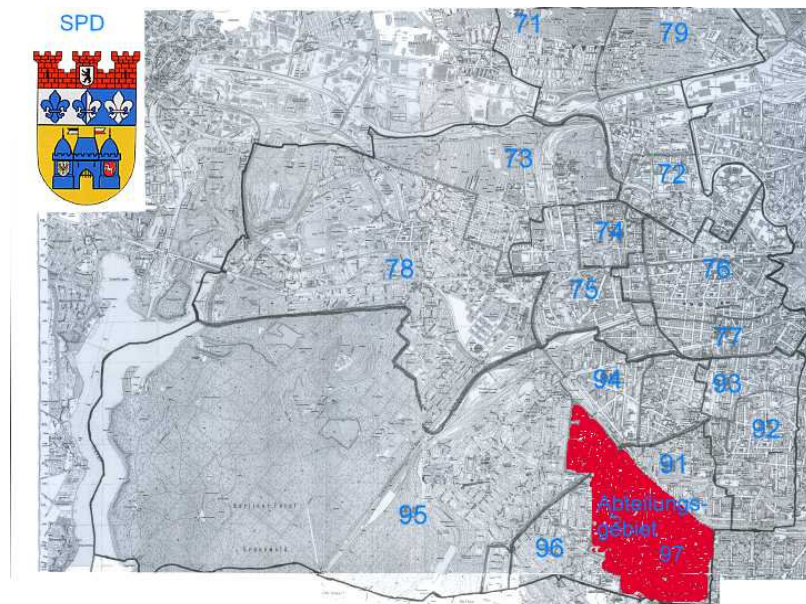


# Der Rote Wilmersdorfer Süden

## INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



### INHALT:

**Auf ein Wort**

**Bericht von den Mitgliederversammlungen am 2. September 2014 und am 7. Oktober 2014**

**Neue Veranstaltungsreihe**

**Im Porträt**

**SPD und AWO eine historische und zukunftsweisende Kombination**

**Termine und Impressum**

## Auf ein Wort

### Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem für Dezember angekündigten Rücktritt von Klaus Wowereit als Regierender Bürgermeister von Berlin und dem laufenden Mitgliedervotum über die Wahl eines Nachfolgekandidaten der SPD stehen wir in Berlin vor großen Herausforderungen. Mit Klaus Wowereit verlieren wir einen Regierenden Bürgermeister, der in mehr als 13 Regierungsjahren nicht nur das Amt sondern auch die Stadt geprägt und in die Weltoffenheit geführt hat. Berlin nimmt heute in vielen Punkten eine herausragende Stellung in Deutschland und der Welt ein. Dennoch stehen für den Senat und damit besonders für den neuen Regierenden Bürgermeister weitere schwierige Aufgaben an. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes auch im Innenstadtbereich, die Herstellung und Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit und die Chancengleichheit im Bildungswesen sind dabei ebenso zu nennen, wie die Fertigstellung des Flughafens BER.

Es ist daher gut und zeigt die Stärke der Berliner SPD, dass sich nunmehr drei gleichermaßen hervorragend geeignete Kandidaten zur innerparteilichen Vorauswahl stellen. Alle drei Kandidaten nutzen die Gelegenheit auf Mitgliederforen für sich zu werben und in den unterschiedlichen Parteigliederungen aufzutreten, so auch in unserer Kreisdelegiertenversammlung am 26. September 2014. Hier konnten alle Drei überzeugen und ihre Vorstellungen für die Wahrnehmung des Amtes präsentieren. Erfreulich ist, dass sich bereits Anfang Oktober ca. 45% der Mitglieder der Berliner SPD an diesem Mitgliedervotum beteiligt haben, das noch bis zum 17. Oktober 2014 (Mitternacht) läuft. Danach wissen wir, ob es eine Stichwahl geben wird oder ob ein Kandidat bereits die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hat. Wichtig für die Zukunft und die weitere Arbeit im Land und in der Partei ist es aber, dass das Ergebnis des Mitgliedervotums von allen Beteiligten solidarisch getragen wird und die SPD damit gestärkt in die Zukunft geht und die Wahlen 2016 erfolgreich besteht.

In unserer Abteilung haben wir uns in den letzten beiden Mitgliederversammlungen schwerpunktmäßig mit uns nahestehenden Organisationen und Gruppierungen befasst und über aktuelle Themen der Gewerkschaftsarbeit sowie aus dem Landesverband der Jusos diskutiert. Zudem veröffentlichen wir in diesem RWS einen Beitrag über die Arbeiterwohlfahrt.

Der Abteilungsvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Januar 2015 eine Klausurtagung durchzuführen, um die Planungen, Inhalte und Veranstaltungen für das kommende Jahr zu besprechen. Ich lade Euch schon jetzt dazu ein, mir oder den anderen Vorstandsmitgliedern Eure Vorschläge und Vorstellungen dazu zu unterbreiten, damit wir diese in unsere Planungen einbeziehen können. Zugleich lade ich Euch zu unserer alljährlichen Abteilungsweihnachtsfeier am 16. Dezember 2014, 19.00 Uhr im Restaurant Prometheus ein und erbitte Eure Anmeldung.

Euer  
Florian Dörstelmann

## **Bericht von den Mitgliederversammlungen am 2. September 2014 und am 7. Oktober 2014**

### **2. September 2014**

#### **„Mindestlohn und dann? Das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften“**

Referent: Rolf Wiegand, Vorsitzender des Verdi-Landesbezirksvorstandes Berlin-Brandenburg

Zu Beginn führte Rolf Wiegand kurz in die Historie der Debatte zum Mindestlohn in Deutschland ein und verwies auf die Unterstützung der Forderung zum Mindestlohn von 8,50 € von Seiten der Gewerkschaften. Dies erforderte allerdings auch auf der Gewerkschaftsseite einen längeren Diskussionsprozess, der letztlich aber erfolgreich war und durch ein einheitliches Auftreten der Gewerkschaften den Mindestlohn begrüßte.

Nach Schätzungen der Gewerkschaften sind in der Bundesrepublik ca. 5 Millionen Beschäftigte, darunter ca. 300.000 Beschäftigte in Berlin vom Mindestlohn betroffen. Derzeit erhalten ca. 20 % Beschäftigte Lohn unter der Höhe des Mindestlohns, in Berlin sind dies ca. 25 %, insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Ziel für die Gewerkschaften ist jedoch die Bindung an Tarifverträge (mit geregelten Entgelten) und das Einbeziehen weiterer Branchen in die Tarifvertragsgestaltung. Erfreulich ist dabei festzustellen, dass durch die Diskussionen um den Mindestlohn deutliche Fortschritte erreicht werden konnten und eine positive Entwicklung eingetreten ist. So sind Bereiche wie Dachdecker, Gerüstbauer, Gebäudereiniger, Maler/Lackierer, Wäschereidienstleister in Tarifbindung gegangen und die Unternehmen der Branchen zahlen 8,50 € als Stundenlohn und auch mehr.

Allerdings sind im Osten Deutschlands noch etliche Betriebe und Branchen außerhalb der Tarifbindung und machen durch Unterbietungskonkurrenz z.B. Druck auf kommunale Einrichtungen, indem sie im Wettbewerb zwar bei geregelter Mindestlohn allerdings dann durch Arbeitszeitüberschreitung wieder die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschlechtern.

Allerdings sehen die Gewerkschaften beim Mindestlohn auch: Probleme mit den Ausnahmen: z.B. bei den Auszubildenden und den Langzeitarbeitslosen.

Kritisch setzte sich Rolf Wiegand mit dem Argument auseinander, dass durch den Mindestlohn ein verstärkter Arbeitsplatzabbau eintreten würde. Studien aus England belegen dagegen, dass durch die Einführung eines Mindestlohns kein Arbeitsplatzabbau erfolgt. Vielmehr sind für einen Arbeitsplatzabbau Wegzug bzw. Fortgang der Unternehmen aus der Region bzw. dem Land ursächlich.

Ein besonderes Problem stellt das Friseur-Handwerk dar, in dem große Ketten aktiv sind und im Unterbietungswettbewerb zu einer Verdrängung im Markt beitragen. Hier ist feststellbar, dass dann viele Friseure in die Schwarzarbeit abwandern, wenn der Lohn nicht ausreicht

Ein weiteres Thema war die illegale Beschäftigung, die auch in Berlin ein großes Feld ist. Die genaue Anzahl der illegal Beschäftigten ist nicht bekannt; hier gibt es nur Schätzungen. Erforderlich sind umfassende Kontrollen der Beschäftigungsverhältnisse (Überprüfung der Zah-

lung des Mindestlohns und Überwachung der Arbeitsbedingungen). Nach Auffassung von Rolf Wiegand ist es jedoch fraglich, ob der Senat das erforderliche Geld dafür bereit stellt.

In der abschließenden Diskussion wurde erfreulich festgestellt, dass das Verhältnis von Gewerkschaften und SPD sich in der jüngsten Zeit doch deutlich verbessert hat. Insbesondere die Einführung der Rente mit 67 Jahren unter der Verantwortung von Müntefering hatte das Verhältnis getrübt. Allerdings hätten sich die Gewerkschaften bei der Rentenänderung eine andere Argumentation gewünscht, und zwar: wer 45 Beitragsjahre erfüllt hat, für denjenigen greift die Rente mit 67 nicht; wer die Beitragsjahre nicht erreicht, erhält stoffelweise Rente mit 67 Jahren.

In der jetzigen Bundesregierung konnten dagegen schon sehr frühzeitig einige sozialpolitische Forderungen aus dem SPD-Wahlprogramm durch sozialdemokratische Ministerinnen und Minister umgesetzt werden.

Insgesamt war es eine sehr informative Mitgliederversammlung, die durch den kompetenten und engagierten Beitrag von Rolf Wiegand verdeutlichte, dass der vor Jahren entstandene Graben zwischen den Gewerkschaften und der SPD gerade durch die Entscheidungen dieses Jahres doch deutlich geringer geworden ist und in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Sozialdemokraten und Gewerkschaften an einer Seite stehen.

## 7. Oktober 2014

### **„Juso-Arbeit im Landesverband“**

Referent: Kevin Kühnert, Juso-Landesvorsitzender Berlin

Kevin Kühnert ist mit seinen 25 Jahren seit 10 Jahren in der SPD und bei den Jusos und seit 8 ½ Jahren im Juso-Landesvorstand. Der Juso-Landesverband hat rund 5.000 Mitglieder und durch den Eintritt vieler junger Mitglieder in die SPD ist diese Zahl erfreulicherweise steigend. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Jusos ein eigenständiger Jugendverband sind und die Mitgliedschaft dort nicht unbedingt auch eine Mitgliedschaft in der SPD beinhalten muss. Kevin Kühnert beschrieb das so: „Die Jusos stehen mit einem Bein in der SPD und mit einem Bein links daneben“. Die Jusos verstehen sich daher im linken Flügel der SPD verortet und setzen sich für eine aktive, lebhafte und dauerhafte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen linken Jugendorganisationen ein. DGB-Jugendgewerkschaften, SJD-Die Falken, Naturfreundejugend, das AWO-Jugendwerk und die Arbeiter-Samariter-Jugend sind für die Jusos die originären Bündnispartner.

Zur Situation der Jusos in der Berliner SPD verwies er darauf, dass die Atmosphäre im Landesverband sehr gut, die Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis geprägt sowie das Budget für Juso-Arbeit auskömmlich sei. Dennoch komme es nicht sehr häufig vor, dass er als Juso-Landesvorsitzender in eine Parteiabteilung geladen werde, um über die Arbeit der Jusos zu sprechen.

Zum Selbstverständnis der Jusos führte Kevin Kühnert aus, dass sie einen konstruktiven Part in der Partei spielen, aber auch mit der Partei politische Realitäten verändern wollen. Dieses Selbstverständnis bezeichnete er als Doppelstrategie und verwies dabei auf konkrete positive Ergebnisse, so z.B. in der Beschlussfassung des Landesparteitages der SPD zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahren. Hier müssen aber noch die Realitäten anerkannt werden, dass es zur Umsetzung der parlamentarischen Mehrheit bedarf, die bei diesem Thema gegenwärtig noch nicht gegeben ist.

Inhaltlich stellte Kevin Kühnert das auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin beschlossene aktuelle Arbeitsprogramm **Morgen in Berlin links leben** vor. Dies beinhaltet zwei Kernthemen, und zwar Sozialpolitik und Stadtpolitik. In der Sozialpolitik geht es den Jusos darum, die Entwicklung und Bedeutung des Arbeitsbegriffes und die Rolle der Sozial-

systeme zu beleuchten und hierbei neue Konzepte für ein erstrebenswertes Sozialsystem vorzuschlagen. Weitere Schwerpunktthemen sind hier Fragen der Arbeitsvermittlung, die Begleitung und Unterstützung der in Berlin beabsichtigten Jugendberufsagenturen, in denen „alle Leistungen aus einer Hand“ für Jugendliche unter 25 Jahren gebündelt werden sollen, die Teilhabe statt Fürsorge im Sozialsystem sowie der Kampf gegen die Armut in weiten Teilen der Gesellschaft. Unter der Überschrift **#berlinupsidetown – Her mit der solidarischen Metropole!** setzen sich die Jusos mit der Stadtpolitik auseinander. Mit einem stadtpolitischen Kongress im Februar 2014 haben die Jusos den Grundstein für diese Arbeit gelegt, die sie in vier Cluster gliedern. Diese Cluster behandeln die Themen: *„Arbeiten in der Stadt der atypischen Beschäftigung“*, *„Berlin in der Krise – Berlin in der Welt“*, *„Wohnen und Leben in der ganzen Stadt – Fortschritt heißt Veränderung, Veränderung heißt Steuerung“*, *„Urbane Mobilität – Bedarfsorientiert und ökologisch“*, *„Berlin im Spagat – Die bürger\*innennahe Stadt organisieren, Freiheiten stärken“*, *„Alle Mitnehmen – Zuhause in Berlin der vielen Geschwindigkeiten“*, *„Solidarität - im Großen wie im Kleinen“* sowie *„Produktiver Protest – Wieso, weshalb, warum?“*.

Abschließend wies Kevin Kühnert auf die internationalen Aktivitäten im europäischen und außereuropäischen Raum hin, die gerade aus Berlin heraus möglich und sehr interessant sind.

In der folgenden Diskussion wurde übereinstimmend die notwendige Rolle der Jusos als kritischer Jugendverband in der SPD positiv gewürdigt und ausdrücklich bekräftigt, dass sich gerade junge Menschen auch aufgrund ihrer persönlichen Situation politisch engagieren sollen. Gerade aus eigenen Erfahrungen schilderten einige Mitglieder die positive Prägung ihrer weiteren persönlichen Entwicklung aufgrund des politischen Engagements in Jugendorganisationen. Inhaltlich wurde das Thema „Gewaltmonopol des Staates und die Rolle der Polizei“ erörtert. Dabei bekannte sich Kevin Kühnert klar zum Gewaltmonopol des Staates und begrüßte auch ausdrücklich die Entwicklung bei der Berliner Polizei in der Zeit von Ehrhart Körting. Dennoch gilt es auch auf erkennbare Missstände hinzuweisen. Selbstverständlich wurde auch das laufende Mitgliedervotum angesprochen, das als eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie angesehen wird, zumal für die Berliner SPD insgesamt 3 qualifizierte Bewerber für die Nachfolge des Regierenden Bürgermeisters antreten. Die Jusos haben daher auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz beschlossen, kein Votum für einen Kandidaten abzugeben. Er selbst unterstütze als Person den Landesvorsitzenden Jan Stöß bei seiner Kandidatur.

Ihm und den Jusos wünschten die Mitglieder weiterhin die Freude und das Engagement für die Arbeit und das Bewahren des kritischen Geistes.

## Neue Veranstaltungsreihe

Im November dieses Jahres möchten wir mit einer neuen Veranstaltungsreihe beginnen, die unsere Präsenz im Kiez erhöhen und die Möglichkeit, über den parteiinternen Rahmen hinaus auch umfassendere Themen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu erörtern, eröffnen soll. Dabei sollen auch größere Zusammenhänge diskutiert werden können, die über die Tagespolitik deutlich hinausgehen.

Angesichts der aus Anlass des Kriegsbeginns vor einhundert Jahren gegenwärtig überall wahrnehmbaren Jahreszahl '14 und der Besorgnis erregenden Entwicklungen an den Grenzen Europas als Kontinent und der Europäischen Union– sei es an der Grenze der Türkei zu Syrien oder der der Ost-Ukraine zu Russland – wollen wir über die Friedenssituation Europas sprechen. Damit verbunden ist die Frage, ob wir mit Hilfe des europäischen Einigungs-

prozesses eine lange Phase des Friedens noch vor oder vielleicht trotz aller Bemühungen um Einheit bereits hinter uns haben.

Wir werden am 14.11.2014, ab 19:00 Uhr, hierzu im Theater Jaro (Schlangenbader Straße 30), eine Podiumsdiskussion veranstalten, zu der die Friedensforscherin Dr. Ute Finckh-Krämer, MdB, und das Vorstandmitglied der Deutschen Kriegsgräberfürsorge, Dr. Fritz Felgentreu, MdB, Ihre Teilnahme bereits zugesagt haben. Auch werden wir noch einen versierten Historiker bzw. eine versierte Historikerin einladen, um die Entwicklung noch besser zu hinterfragen.

Wir hoffen, dass die Veranstaltung auf Euer Interesse stößt und auf Eure zahlreiche Teilnahme. Um besser planen zu können wäre es schön, wenn Ihr vorab Eure Teilnahme über [florian.doerstelmann@gmx.net](mailto:florian.doerstelmann@gmx.net) mitteilen könntet.

## Im Porträt

**In dieser Rubrik stellen wir unter dem Motto: "Gesicht zeigen" aktive Genossinnen und Genossen unserer Abteilung vor.**

**In dieser Ausgabe stellen wir unser jüngstes aktives Mitglied Adriana Röder vor.**

Adriana Röder wurde 1995 in Berlin-Wilmersdorf in eine sozialdemokratische Familie hineingeboren. Hier in Wilmersdorf, im Kiez am Rüdeshheimer Platz, ist sie groß geworden und besuchte auch die dortige Grundschule. Zur Zeit geht sie auf die Paul-Natorp-Oberschule in Friedenau und macht dort im Sommer 2015 das Abitur.

Schon sehr frühzeitig hat sich Adriana politisch interessiert und aktiviert, sodass es für sie ganz selbstverständlich war, im August 2010 bereits mit 14 Jahren in die SPD einzutreten. „Mein großes Vorbild war Willy Brandt. Aber auch schon meine Großeltern waren in der SPD und im Bezirk ebenso aktiv wie meine Eltern. Von ihnen habe ich gelernt, wie wichtig es ist, sich politisch zu engagieren und sich für andere Menschen einzusetzen“, beschreibt Adriana ihre Motivation, in die SPD einzutreten. „Gerade die SPD bietet auch für junge Menschen gute Möglichkeiten der Mitarbeit“, führt Adriana weiter aus. „Ich finde auch die Arbeit in unserer Abteilung sehr interessant, weil wir dort sehr unterschiedliche und vielfältige Themen behandeln und damit ein breites Spektrum für alle Altersgruppen in der Partei abdecken.“ Adriana war daher auch sofort bereit, sich selbst aktiv in die Parteiarbeit einzubringen. Seit 2013 ist sie als Beisitzerin für Jugendfragen Mitglied im Abteilungsvorstand unserer Abteilung und Kreisdelegierte. Auf der Wahl-KDV im März war sie sofort Sprecherin einer Wahlkommission und hat diese Aufgabe mit Bravour gemeistert. Adriana ist außerdem bei den Jusos im Kreis aktiv und dort unter anderem Ersatzdelegierte für die Juso-Landeskonferenzen.

Neben ihrem politischen Interesse steht in ihrer Freizeit noch der Sport im Focus. Schwimmen, Laufen, Fahrrad fahren und Klettern sind die besonders bevorzugten Aktivitäten. Aber auch passiv betreibt sie den Sport, indem sie aktive Anhängerin von Hertha BSC ist. Adriana ist außerdem noch Mitglied des Schulchores ihrer Schule, die ihrerseits mit dem Schulorchester immer den musikalischen Höhepunkt unseres jährlichen Kiez-Festes auf dem Rüdeshheimer Platz bildet.

## SPD und AWO eine historische und zukunftsweisende Kombination

Nach den schrecklichen Wirren des 1. Weltkrieges gab im Dezember 1919 die Frauensekretärin der SPD und Mitglied der Nationalversammlung, Marie Juchacz, den Anstoß dazu, eine



Wohlfahrtsorganisation auf der Basis von Selbsthilfe zu gründen. Diese Arbeiterwohlfahrt (AWO) war zunächst eine Unterorganisation der SPD, in der „die soziale Auffassung der Arbeiterschaft“ in der öffentlichen Wohlfahrtspflege durchgesetzt werden sollte. Ziele und Werte der AWO waren von Beginn an Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. 1925 wurde die AWO rechtlich von der SPD unabhängig und erhielt 1926 die staatliche Anerkennung als „Reichsspitzenverband“ der freien Wohlfahrtspflege. Schwerpunkte der damaligen Aktivitäten der zum großen Teil ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer waren neben der Kriegswohlfahrtspflege, der Betrieb von Nähstuben, Kleiderkammern und Wärmestuben, aber auch die Kinder- und Jugendarbeit in Erholungsheimen, Kindergärten und –horten. Dabei betrieb die AWO auch schon damals eigene Einrichtungen. Von besonderer Bedeutung war für die AWO von Beginn an eine qualifizierte Ausbildung für die Soziale Arbeit als Beruf. So gründete die AWO im Oktober 1928 in Berlin die *Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt*, an der u.a. namhafte Sozialdemokraten wie Louise Schroeder, Walter Friedländer und Paul Löbe unterrichteten.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde die AWO systematisch bekämpft und bereits im Sommer 1933 faktisch aufgelöst. Viele Mitglieder und Funktionäre gingen danach in das Exil. Die große soziale Not nach dem 2. Weltkrieg erforderte soziales Engagement auf allen Ebenen. Bereits 1946 konnte die AWO in den drei westdeutschen Besatzungszonen wieder zugelassen werden, in Berlin erfolgte die Zulassung nach großem Engagement der damaligen Oberbürgermeisterin Louise Schroeder erst im November 1947. Die Arbeit der AWO in der Nachkriegszeit war zunächst geprägt durch die soziale Lage nach dem Krieg und während der Blockadezeit, wurde in der Folge dann auch immer stärker von der Teilung der Stadt beeinflusst. Die AWO knüpfte in ihrer Arbeit an ihre Tradition vor 1933 an und engagierte sich sowohl in der sozialen Beratung und Betreuung als auch in der Jugend- und Seniorenarbeit. Sie unterhielt und unterhält soziale Einrichtungen und hat bereits 1951 mit dem *Sozialpädagogischen Institut (SPI)* die Tradition der *Wohlfahrtsschule* fortgesetzt und Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Altenpflegeinnen und Altenpfleger ausgebildet. Heute ist das SPI auf vielfältigen sozialen Feldern aktiv.

Geprägt wurde diese Arbeit von führenden Sozialdemokraten unserer Stadt. Neben Louise Schroeder waren dies vor allem Ida Wolff, Lore Lipschitz und Franz Neumann. So war es nahezu selbstverständlich, dass einer Mitgliedschaft in der SPD auch eine Mitgliedschaft in der AWO folgte und sich viele Mitglieder in der AWO ehrenamtlich engagierten. Dies ist auch heute noch bedeutsam, denn die AWO ist als ein Träger der freien Wohlfahrtspflege einerseits eine Mitgliederorganisation und andererseits ein sozialer Dienstleister, die sich beide in zahlreichen Aufgabenbereichen engagieren. Neben der Kinder- und Jugendarbeit, sind hier die Angebote für Seniorinnen und Senioren sowie für Menschen mit Behinderung, die Rechts- und Rentenberatung, die Bereitstellung des fahrbaren Mittagstisches nur exemplarisch zu benennen. Besonders zu erwähnen ist das herausragende Engagement des Kreisverbandes Mitte bei der Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen in Einrichtungen der AWO.

Die AWO Mitglieder unseres Abteilungsbereiches sind in der Abteilung W 1/W 2 Wilmersdorf organisiert, deren Vorsitzender unser Abteilungsgenosse Ulrich Maschinsky ist. Nach der großen Strukturreform gehört diese Abteilung zum Kreisverband Nordwest mit Sitz in der Roedernallee 77/78 in Reinickendorf. Kreisvorsitzender ist der Genosse Rainer Rheinsberg. Das Kreisbüro kann unter der Telefonnummer 411 58 63 oder unter [kreisbuero@awo-nordwest.de](mailto:kreisbuero@awo-nordwest.de) erreicht werden.

Auf der Home-Page [www.awo-nordwest.de](http://www.awo-nordwest.de) des Kreises heißt es:

„Die soziale Gerechtigkeit und die Werte der Demokratie müssen auch heute noch täglich erkämpft werden, um sie zu bewahren. Wir streiten für gleiche Rechte vor dem Gesetz, gleiche Chancen, das Recht auf soziale Sicherung und die gesellschaftliche Gleichstellung von Frau und Mann sowie für die Rechte der Senioren. Wichtige Anliegen sind uns auch die Ziele der Inklusion, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft und nicht zuletzt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.“

Es lohnt sich also in der Tradition der SPD auch die AWO durch eine Mitgliedschaft und/oder ein ehrenamtliches Engagement zu unterstützen. Der Kreis hat gegenwärtig 1.200 Mitglieder. Lasst es einige Mitglieder mehr werden.

Informieren könnt Ihr Euch über die Inhalte und Angebote der Arbeiterwohlfahrt unter anderem auf folgenden Home-Pagen:

[www.awoberlin.de](http://www.awoberlin.de), [www.awo-nordwest.de](http://www.awo-nordwest.de),

Facebook: [https://www.facebook.com/pages/Arbeiterwohlfahrt-Kreisverband-Berlin-Nordwest-eV/288428017868139?ref=tn\\_tnmn](https://www.facebook.com/pages/Arbeiterwohlfahrt-Kreisverband-Berlin-Nordwest-eV/288428017868139?ref=tn_tnmn),

Twitter: <http://t.co/xAnXD3SVvE>,

Blogger und google +

## Termine der Abteilung

- 21. Oktober 2014, 19.30 Uhr, Jour Fixe
- 04. November 2014, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung  
Thema: Aktuelles aus der BVV, Schwerpunkt: Entwicklungen im Abteilungsgebiet,  
Referentin: Constanze Röder
- 14. November 2014, 19.00 Uhr, öffentliche Veranstaltung im Theater Jaro. Thema:  
„1914/2014 – Europa und die Kriege“. Referenten: Dr. Ute Finckh-Krämer, MdB und  
Dr. Fritz Felgentreu, MdB.
- 18. November 2014, 19.30 Uhr, Jour Fixe
- 16. Dezember 2014, 19.00 Uhr Weihnachtsfeier, Kostenbeitrag: 12 €. Anmeldungen  
bitte an Florian Dörstelmann richten

## Impressum:

SPD Landesverband Berlin  
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf  
Abteilung 97  
[www.spd-wilmersdorf-süd.de](http://www.spd-wilmersdorf-süd.de)

Redaktion:  
Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)  
Udo Rienaß



